

Stand: 30.12.2025 08:00:13

Vorgangsmappe für die Drucksache 17/2972

"Unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 17/2972 vom 03.09.2014
2. Beschluss des Plenums 17/3050 vom 16.09.2014
3. Plenarprotokoll Nr. 24 vom 16.09.2014



Antrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Bussinger, Dr. Simone Strohmayer** und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Dr. Leopold Herz, Joachim Hanisch, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag begrüßt den längst überfälligen Rücktritt der Leiterin der Staatskanzlei und Staatsministerin für Bundesangelegenheiten und Sonderaufgaben Christine Haderthauer. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen der Staatskanzlei und dem Landtag war nicht mehr möglich. Frühere personelle Konsequenzen hätten Schaden vom Freistaat Bayern abgewendet.
2. Der Landtag stellt fest, dass der Ministerpräsident durch sein Verhalten in der Affäre Haderthauer das politische Ansehen des Freistaats Bayern beschädigt hat, insbesondere weil er
 - bei einer entsprechend gründlichen Prüfung bereits zum Zeitpunkt der Ernennung zur Staatsministerin hätte erkennen müssen, dass es bei Frau Haderthauer im Falle einer Berufung zur Staatsministerin zu Interessenskolliktionen ihres privaten wirtschaftlichen Engagements und ihres Ministeramts kommen wird,
 - den Missbrauch der Staatskanzlei durch die Staatsministerin zur Durchsetzung privatrechtlicher Interessen (z.B. presserechtliche Unterlassungserklärungen) nicht unterbunden bzw. korrigiert hat,

- bei Würdigung des Sachverhalts die Staatsministerin viel früher hätte entlassen müssen, anstatt ihr eine Unbedenklichkeitserklärung auszustellen („Die Frage nach persönlichen Konsequenzen stellt sich nicht.“, Ministerpräsident Seehofer am 29. Juli 2014).

3. Der Landtag stellt fest, dass der Landtag und die Bevölkerung des Freistaats Bayern ein fortbestehendes und berechtigtes Interesse an der unverzüglichen und umfassenden Aufklärung der Affäre Haderthauer haben. Dabei muss unter anderem überprüft werden, ob und inwieweit die Anfragen von Mitgliedern des Landtags umfassend und wahrheitsgemäß beantwortet wurden.
4. Der Landtag fordert den Ministerpräsidenten auf, die Anzahl der Staatsministerinnen und Staatsminister in der Staatskanzlei auf eine Staatsministerin oder einen Staatsminister zu beschränken.



Beschluss des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures, Natascha Kohnen, Hans-Ulrich Pfaffmann, Helga Schmitt-Büssinger, Dr. Simone Strohmayr** und **Fraktion (SPD)**,

Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Dr. Hans Jürgen Fahn, Günther Felbinger, Thorsten Gläuber, Dr. Leopold Herz, Joachim Hanisch, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Alexander Muthmann, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**,

Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote, Thomas Gehring, Verena Osgyan, Katharina Schulze und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 17/2972

Unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Barbara Stamm

Abg. Markus Rinderspacher

Abg. Hubert Aiwanger

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Ulrike Gote

Abg. Thomas Kreuzer

Abg. Horst Arnold

Abg. Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer

Abg. Jürgen W. Heike

Präsidentin Barbara Stamm: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Antrag der Abgeordneten

Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD),

**Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und
Fraktion (FREIE WÄHLER),**

**Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS
90/DIE GRÜNEN)**

**Unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer
(Drs. 17/2972)**

Ich eröffne die Aussprache und erteile als Erstem Herrn Kollegen Rinderspacher für die SPD-Fraktion das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Markus Rinderspacher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! 14 Monate lang beschäftigte die sogenannte Modellauto-Affäre um Ministerin a. D. Haderthauer die bayerische und bundesdeutsche Öffentlichkeit. Zuletzt wurden jeden Tag neue Details veröffentlicht. Es ist eine parlamentarische Selbstverständlichkeit, dass der Bayerische Landtag heute auf Antrag der Opposition – wir haben von unserem Minderheitenrecht Gebrauch gemacht – eine Bewertung dieser Affäre, die über Monate die bayerische Öffentlichkeit in Atem gehalten hat, im politischen Gesamtzusammenhang vornimmt. Da Frau Haderthauer an der heutigen Sitzung selbst nicht teilnehmen möchte, wird der politische Gesamtzusammenhang etwas weiter ausgeführt. Nach der Veröffentlichung zweier Rechtsgutachten durch die Landtags-SPD vor zwei Wochen und durch die Ankündigung der Opposition, diese Sondersitzung einzuberufen, hat die Angelegenheit eine neue Dimension erreicht. Spätestens dann war eine politische Neubewertung auch seitens der CSU notwendig geworden.

Die Affäre Haderthauer kennt alle üblichen Eskalationsstufen eines klassischen politischen Skandals: Ein Sachverhalt wird aufgedeckt, zunächst von der Betroffenen de-

mentiert und nach neuen Veröffentlichungen relativiert. Nachfragen der Medien und des Parlaments werden zunächst gar nicht und später lückenhaft beantwortet. Der Versuch wird unternommen, den Medien verschwörerisch zu unterstellen, sie würden nicht korrekt Bericht erstatten. Schließlich soll es sogar einen von der Staatskanzlei organisierten Maulkorb für kritische Berichterstatter geben. Der Ministerpräsident spricht vorschnell sein Vertrauen aus, um dieses Bekenntnis genauso schnell zu relativieren und zu widerrufen. Am Ende war der Zeitpunkt für einen ehrenvollen Rücktritt bereits überschritten; in dieser Hinsicht gehe ich mit dem Politikwissenschaftler Professor Oberreuter konform.

Der Bayerische Landtag wird auf Antrag der Opposition einen Untersuchungsausschuss einrichten, der die Causa Haderthauer aufarbeitet. Darin geht es um die bayrische Forensik im Allgemeinen: Wie kann es eigentlich sein, dass in einer staatlichen Institution von einem Anstaltsarzt und seiner Ehefrau private Gewinne eingestrichen werden, um das Familieneinkommen aufzubessern, ohne dass der Staat selbst oder zumindest etwa eine Stiftung für Verbrechensopfer begünstigt würde?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Eine weitere Frage wird lauten: Wie kann es sein, dass Herrn Seehofers Staatskanzlei Unterlassungserklärungen eines Anstaltsarztes über den offiziellen Presseverteiler der Staatsregierung an die Medien verschickt und der Ehemann der Ministerin mit den Presseauswertungen der Staatskanzlei zur persönlichen Informationsgewinnung offensichtlich mehrfach bedient wird? – All das wird ebenso ein Thema sein wie die zu beanstandende Beantwortung von parlamentarischen Anfragen durch die Staatsregierung im Kontext dieser Affäre. Mein Kollege Horst Arnold wird im Anschluss näher darauf eingehen. Er hat sich in seiner verkürzten Sommerpause wie Frau Kollegin Gote von den GRÜNEN und Herr Kollege Streibl von den FREIEN WÄHLERN in besonderer Weise in die Materie vertieft und jeden Tag in der Sommerpause neue Details veröffentlicht. Für diese parlamentarische Kärrnerarbeit in den Sommerferien sage ich Ihnen, liebe Kolleginnen und Kollegen, an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Politisch stellt sich schon heute die Frage, warum der Bayerische Ministerpräsident Frau Haderthauer überhaupt ins Amt berufen hat, obwohl alle politisch relevanten Fakten bereits im Herbst 2013 bekannt waren. Aus unserer Sicht hat der Bayerische Ministerpräsident die Affäre viel zu lange laufen lassen. Führungsstärke sieht ganz gewiss anders aus; Frau Kollegin Bause hat das bereits ausgeführt. Warum hat der Ministerpräsident eigentlich so lange an seiner Ministerin festgehalten und dabei einen politischen Kollateralschaden für seine Regierung und für unser Land zumindest billigend in Kauf genommen?

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, tatsächlich hat sich die Bayerische Staatsregierung seit ihrem Amtsantritt in dieser Legislaturperiode fast ausschließlich mit sich selbst, den eigenen Affären, Skandalen und Unzulänglichkeiten und mit der Nachfolge von Herrn Seehofer beschäftigt, anstatt die wichtigen Zukunftsaufgaben für unser Land in Angriff zu nehmen. Frau Bause hat die Überschriften aus den Zeitungen bereits vorgelesen.

Ich führe einige Beispiele an. Im Fall Schottendorf musste die Opposition einen Untersuchungsausschuss einsetzen. Dabei geht es um den Verdacht klassischen CSU-Filzes und um möglichen Abrechnungsbetrug eines medizinischen Labors im politischen Kontext. Dabei könnte ein volkswirtschaftlicher Schaden von über 500 Millionen Euro entstanden sein. Der Profiteur ist ein Gönner und Spender der CSU. – In diesem Sommer hat der Bayerische Verfassungsgerichtshof die Staatsregierung verpflichtet, die bis dahin nicht beantworteten Anfragen der SPD-Fraktion zur Verwandtschaftsaffäre im Kabinett zu beantworten. Der Ministerpräsident hatte Aufklärung und Transparenz vorgetäuscht und ist erst durch unsere Klage dazu verdonnert worden.

Erst elf Monate dauert diese Legislaturperiode an. Wir haben bereits zwei Untersuchungsausschüsse. Die Regierung hat bereits eine Verfassungsklage verloren, und

eine Ministerin musste ihren Hut nehmen. Das alles geschah in nur elf Monaten. In welchem anderen Bundesland gibt es das eigentlich noch? – Diese Vorgänge sprechen durchaus für die hartnäckige Arbeit der Opposition im Bayerischen Landtag, aber nicht für die Arbeit dieser Regierung.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Ich habe bereits in meinem ersten Redebeitrag darauf hingewiesen, dass mehrere Kabinettsmitglieder schon nach elf Monaten so angezählt sind, dass sie auf die Gnade des Ministerpräsidenten angewiesen sind und ihm widerspruchslos und wider besseres Wissen selbst politische Absurditäten durchgehen lassen. Kabinettsmitglieder und führende CSU-Abgeordnete sagen zu allem Ja und Amen, obwohl ein kritischer Diskurs in der Sache dringend notwendig wäre. In der Regierung Horst Seehofer ist, liebe Kolleginnen und Kollegen, eine Balance der Kraftlosigkeit zu erkennen.

Das ist nicht nur meine Einschätzung. Der Vorsitzende des Wirtschaftsausschusses und frühere Vorsitzende der CSU Erwin Huber spricht im "SPIEGEL"-Interview davon, dass die Feigheit von vielen – gemeint sind seine Parteifreunde, auch diejenigen in der Regierung – Horst Seehofer stets gewähren lasse. Es könne nicht sein, dass der Zeitpunkt des Abtretens Seehofers von dessen persönlicher Lebensplanung abhängt. Befehl und Gehorsam war der Stil des 19. Jahrhunderts, so Erwin Huber.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Hört, hört! So ist es! Bravo, Erwin Huber!)

Tatsächlich liest man in den letzten Monaten jeden Tag wieder neue kleine Details in Bezug auf die Diskussion über die Nachfolge Herrn Seehofers. Man stellt sich fast die Frage, warum Herr Seehofer eigentlich noch im Amt ist, wenn jeden Tag aus der CSU heraus – und manche Minister beteiligen sich sehr gerne an diesem Spiel – über den herannahenden Tag seines Rückzugs spekuliert wird. Der Ministerpräsident sieht sich mit einem Autoritätsverlust konfrontiert, der ihn zum Stillhalten anstatt zum Durchgreifen anhält. Das hat die Affäre Haderthauer in besonderer Weise deutlich gemacht. Er weiß, dass er sich auf der Zielgeraden seiner politischen Laufbahn befindet und nicht

wenige seiner Parteifreunde lieber heute als morgen den Wechsel herbeiführen würden.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): So ist es!)

Wie gesagt, viele von ihnen haben sich in den letzten Wochen und Monaten immer wieder zu Wort gemeldet. So hat die CSU einen Zustand der Selbstblockade geschaffen, die einen Stillstand der Regierungsarbeit zur Folge hat und die das Land lähmt. Die absolute Mehrheit der CSU bei der Wahl vor genau einem Jahr hat nicht etwa – das hat auch die heutige Debatte wieder aufgezeigt – zu mehr Demut oder zu mehr Gelassenheit geführt. Sie hat nicht etwa erkennbaren Gestaltungswillen oder erhöhte Kooperationsbereitschaft mit der Opposition zur Folge gehabt, sondern einen Schlendrian und eine Disziplinlosigkeit der Regierenden sondergleichen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD)

Frau Kollegin Bause hat es schon angesprochen: Am deutlichsten tritt das bei der Flüchtlingspolitik zu Tage. Die menschenunwürdigen Zustände in den Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern sind das Ergebnis langjähriger Versäumnisse. Frau Ministerin Müller hatte im Herbst 2013 medienwirksam Sofortmaßnahmen der Staatsregierung angekündigt, um die Unterbringungssituation in Bayern möglichst schnell zu verbessern, also die Schaffung weiterer Erstaufnahmeeinrichtungen, Gemeinschaftsunterkünfte und dezentraler Unterbringungsmöglichkeiten. Statt der versprochenen Verbesserungen und der Sofortmaßnahmen ist das Gegenteil eingetreten. Die Situation insbesondere in Zirndorf und in München hat sich dramatisch verschärft. Diese Entwicklung kam keineswegs überraschend. Wenn sich der Ministerpräsident heute mit den Wohlfahrtsverbänden in Bayern trifft, ist das zunächst ein politisches Ablenkungsmanöver, weil er weiß, dass heute eine Plenarsitzung zu genau diesem Thema stattfindet.

(Beifall bei der SPD)

Dieses Treffen mit den Wohlfahrtsverbänden kommt mindestens ein oder zwei Jahre zu spät. Aber wenn der Ministerpräsident zuhören würde, würde er ganz gewiss einräumen, dass die Wohlfahrtsverbände ihm heute mitgeteilt haben: Flüchtlinge erleben in Bayern alles andere als die Vorstufe zum Paradies.

Wenn das Bayerische Rote Kreuz mit Blick auf die Erstaufnahmeeinrichtungen in Bayern von einer humanitären Katastrophe spricht, gibt es hierfür eine politische Verantwortung, die der Bayerische Ministerpräsident, die Sozialministerin, das gesamte Kabinett und natürlich auch die Mehrheitsfraktion tragen.

(Beifall bei der SPD)

Es muss Ihnen doch in den Ohren klingen, wenn selbst der CSU-Landrat Matthias Dießl letzte Woche die Einrichtung eines Krisenstabes auf bayerischer Ebene einfordert, eines Krisenstabs, den Frau Ministerin Müller bereits im Herbst 2013 hatte initiieren wollen.

Harte Worte findet auch die Nürnberger CSU-Bundestagsabgeordnete Dagmar Wöhrl, die nach eigenem Bekunden weltweit schon viele Flüchtlingsunterkünfte aufgesucht hat. Nach einem Besuch in Zirndorf sagte sie, die aktuelle Flüchtlingspolitik werde Bayerns hohen Ansprüchen nicht gerecht und sei ein Schandfleck. Selbst jetzt, wo der Notfall eingetreten sei, verschanze man sich noch hinter der Bürokratie anstatt anzupacken.

(Beifall bei der SPD)

Gemeint hat sie die von ihrer eigenen Partei gestellte Bayerische Staatsregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen. Anstatt sich nur mit sich selbst zu beschäftigen, sollte die Regierung die tatsächlichen Probleme im Lande angehen. Das ist unsere Forderung.

(Beifall bei der SPD)

Es geht aber nicht nur um humanitäre Aspekte. Bayern kann sich als siebtgrößte Volkswirtschaft der Europäischen Union einen solchen Stillstand, wie wir ihn in Bayern in den letzten elf Monaten erlebt haben, schlicht und ergreifend nicht leisten. Es geht dabei heute nicht um die vertane Zeit beim Breitbandausbau. Wir haben das hier im Plenarsaal häufig diskutiert und auch die eigenen Konzepte aus der Opposition vorgestellt. Es geht nicht um die vertane Zeit bei der Energiewende. Es geht nicht um den Ausbau von Ganztagschulangeboten und besserer Kinderbetreuung. Das sind alles Forderungen der Opposition wie auch der Wirtschaftsverbände im Freistaat Bayern. Hier gibt es erheblichen Nachholbedarf.

Wir dürfen uns auf unserem Wohlstand nicht ausruhen. Wir müssen dafür Sorge tragen, dass immer mehr Menschen in Bayern an dem existierenden Wohlstand tatsächlich teilhaben. Wir müssen uns vor Augen führen, dass die internationalen Konflikte vor der Haustür der Europäischen Union und weltweit zu einer spürbaren Abkühlung der Weltkonjunktur führen werden mit der Folge, dass auch die Steuereinnahmen für den Freistaat Bayern nicht mehr so sprudeln werden, wie das in den letzten Jahren der Fall war. Bayern muss für die Zeiten vorbereitet sein, in denen eben nicht wie zuletzt vieles fast von allein läuft und die Kasse voll ist.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Fall Haderthauer und die anderen angesprochenen Verfehlungen und Unzulänglichkeiten der vergangenen Monate waren eben nicht Randerscheinungen, sondern das Schlingern war die bestimmende Dominante in der Regierungspolitik. Wir befürchten, dass die ohnehin kurzatmig agierende CSU künftig eine noch aktionistischere Politik betreiben könnte. Seitdem die AfD am rechtskonservativen Rand der CSU knabbert, müssen plötzlich Rumänen und Bulgaren, Türken und Araber für ein rechtspopulistisches Stammtisch-Weltbild herhalten. Das waren und sind keine guten Signale für die politische Kultur in unserem Land, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CSU)

Die CSU-Politik schlingert zwischen unverhohlen rechtspopulistischen Tönen und der Preisgabe klassischer konservativer Positionen. Letzteres soll uns ja recht sein. So ist das, wenn man keinen Kurs hat, sondern sich wie ein Fähnchen im Wind dreht. Wir hoffen aber sehr, dass die AfD als neokonservative und gefährlich reaktionäre Partei bei der CSU nicht weitere nervöse Zuckungen zum Schaden der politischen Kultur in unserem Land verursacht. Für uns als SPD ist klar: Wir wissen, wie wir dem zu begegnen haben, nämlich mit einem klaren Kurs. Wir stehen für eine offene und tolerante Gesellschaft ein, in der jeder Mensch seinen Platz finden kann, unabhängig von der Herkunft, unabhängig von der Nationalität, der Religionszugehörigkeit oder der sexuellen Orientierung.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fordern Sie auf, nach einem Jahr des Stillstands, nachdem Sie sich ein Jahr lang nur mit sich selbst befasst haben – die CSU als selbstreferenzielles System –, nach einem Jahr des Stillstands für Bayern jetzt bitte endlich Ihre Regierungsaufgaben wahrzunehmen. – Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die FREIEN WÄHLER erteile ich jetzt Herrn Kollegen Aiwanger das Wort.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): (Vom Redner nicht autorisiert): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! "Aufarbeitung der Affäre Haderthauer" lautet der Tagesordnungspunkt. Ich glaube, wir müssen hier zwar die Person Haderthauer in den Blick nehmen, aber auch das Umfeld beleuchten und feststellen, dass das, was am Ende zu der Affäre geführt hat, symptomatisch ist für eine Partei, die es über Jahrzehnte hinweg gewohnt war, die absolute Mehrheit zu haben, und die immer mehr in dem Geist auftritt: Der Staat, das bin ich. An vielen Stellen scheint gar nicht

das Bewusstsein gereift zu sein, dass bestimmte Dinge einfach nicht gehen, dass man den Staat vor die Partei stellen muss. Insofern – ich habe es vorher angesprochen – ist auch die Einschätzung der Affäre Haderthauer durch den Herrn Ministerpräsidenten mit der Aussage, sie habe ja ordentliche Arbeit geleistet und sich nichts zuschulden kommen lassen, in meinen Augen nicht objektiv und nicht richtig. Unter solchen Affären leidet das Land, weil die Arbeit liegen bleibt.

Dass Frau Haderthauer, ohne rot zu werden, im Jahr 2008 als Sozialministerin mit der Aussage angetreten ist, "Liebe Mitarbeiter des Ministeriums, ihr habt jetzt die Aufgabe, dafür zu sorgen, dass die CSU wieder die absolute Mehrheit bekommt", zeigt, dass man meint: Der Staat, das bin ich; das Ministerium ist gleich CSU, die haben zu funktionieren. Genau dieses Denken, meine sehr verehrten Damen und Herren, hat zu dieser Affäre geführt

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

und schadet mittlerweile Bayern.

Wir wollen der CSU nicht in ihre Interna hineinreden. Sie sollen ein Land regieren, sie sollen die besten Ideen und Köpfe nach vorne stellen. Wenn die Parteikarriere ausreicht und die Einschätzung herrscht, der Staat habe der Partei zu dienen, dann zieht sich das durch die Affären und Ereignisse der letzten Jahre; dann wird in der Staatskanzlei auf Steuerzahlerkosten, wie vom Kollegen Rinderspacher angesprochen, eine Erhebung gemacht, wie man den Koalitionspartner – damals war es die FDP – um die Ecke bringt. Der Kommentar des Herrn Ministerpräsidenten und des damaligen Staatskanzleichefs Schneider war: Wir würden es wieder so machen, wir finden das ganz korrekt. – Aber das ist eben nicht korrekt. Und es ist auch nicht korrekt, wenn man viele dieser Fälle abarbeitet in der Gewissheit: Uns kann eh niemand etwas, der Bürger schluckt das, der Bürger ist abgestumpft genug. – Meine Damen und Herren, wir müssen für politische Disziplin und Handlungsfähigkeit sorgen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Genau diese politische Handlungsfähigkeit verliert Bayern zunehmend durch eine solche Denke.

Ich spreche einen weiteren aktuellen Fall an: die Wahlfälschung in Geiselhöring. Auch ein halbes Jahr nach der Wahlfälschung zuckt man im Innenministerium nur mit den Schultern darüber, dass dort wohl an die 500 osteuropäische Erntehelfer abgestimmt haben. Man überprüft wohl mit den Ermittlungsbehörden vor Ort, ob Unterschriften gefälscht worden sind. Das ist okay. Man ist aber seitens des Innenministeriums nicht in der Lage, grundsätzlich die Frage zu beurteilen, ob Leute, die ihren Lebensmittelpunkt gar nicht in Deutschland haben, überhaupt wahlberechtigt sind, egal, ob sie betrogen haben oder nicht. Das ist meine Rechtsauffassung: Der Lebensmittelpunkt muss dort sein, wo man wählt. Die haben ihre Familien in Rumänien oder Polen und stimmen hier ab. Der Knackpunkt ist nicht nur – das ist der Skandal hoch drei –, dass hier noch gefälscht worden ist. Viele haben vielleicht gar nicht gewusst, dass in ihrem Namen ein Wahlzettel abgegeben worden ist. Die Aufklärung, ob die überhaupt wählen durften, interessiert scheinbar niemand. Was ist denn, wenn nicht gefälscht wird? Dürfen 500 Saisonarbeiter mal so eben abstimmen und dann ins nächste Bundesland weiterziehen, um dort den nächsten Bürgermeister zu kippen? Das Innenministerium sagt: Wir sind informell dran, beurteilen das bisher aber nicht.

Meine Damen und Herren, dem Ganzen setzt Minister Söder die Krone auf, der bei der CSU vor Ort noch Späße macht: Hättet ihr schnelles Internet, hätte man eine Online-Abstimmung machen können, dann bräuchten wir keine Kugelschreiber mehr. Schenkelklopfer, Schenkelklopfer!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, wäre das anders herum, wäre ein FREIER WÄHLER durch solche Machenschaften auf einen Bürgermeisterposten gekommen, glaube ich nicht, dass der Minister vor einer Aufklärung des Sachverhalts mit dem Förderbescheid vorbeikommen würde, um zu sagen: Wer bei der CSU ist, bringt Geld in die Heimat. Das

ist eine Verwischung von Sensibilitäten. Die Denkweise von Herrn Söder zeigt und bestätigt auch seine Aussage in der Vergangenheit: CSU klagt nicht gegen CSU. – Es wird eng in diesem Land, wenn wir so weitermachen.

(Zuruf das Abgeordneten Josef Zellmeier (CSU))

Ich glaube durchaus, dass es der CSU gut täte, in sich zu gehen und zur Kenntnis zu nehmen, dass sie Bayern nicht alleine repräsentiert, dass sie nicht alleine dafür zuständig ist, was hier passiert, sondern wenn sie auch auf die Opposition einginge, und zwar nicht nur dann, wenn sie ideologisch einen Totalcrash hingelegt hat wie kurz nach Fukushima, als man einen Runden Tisch Energie einberufen hat, oder wie jetzt bei der Asylthematik, wo man dann, wenn wirklich Feuer unterm Dach ist, die Verbände und die Opposition etwas einbindet, um für die nötige Beißhemmung zu sorgen. Nein, dieser neue politische Gedanke des Einbindens und von mehr Demokratie muss Einzug halten, weil Bayern sonst Potenziale verspielt, weil wir sonst zurückfallen und in ein Fahrwasser kommen, das nicht nur der Demokratie, sondern Bayerns Effektivität insgesamt schadet.

Insofern ist diese Affäre Haderthauer mit Sicherheit kein singuläres Ereignis, sondern einer von vielen Trittsteinen, die wir in den letzten Jahren erleben mussten. Die Bürger können die Situation schon gar nicht mehr richtig zur Kenntnis nehmen und einordnen. Die Vielzahl von Untersuchungsausschüssen von Mollath über Schottdorf usw. ist nur noch den politisch Eingeweihten vermittelbar. Der Normalbürger hat hier längst abgeschlossen. Das soll nicht sein. Wir fordern Sie auf, eine andere politische Kultur in Bayern zuzulassen. Wir fordern Sie auf, solche Dinge nicht schulterzuckend abzutun und zu sagen: Hier wurde ordentliche politische Arbeit geleistet. Man muss fragen: Für wen? Vielleicht für die CSU, auf alle Fälle nicht für den Freistaat Bayern. Das gilt es auseinander zu halten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege Aiwanger, sind Sie am Ende Ihrer Rede?
Da ist eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Darf er machen. Bitte.

Präsidentin Barbara Stamm: Bitte schön, Herr Kollege Zellmeier.

Josef Zellmeier (CSU): Herr Kollege Aiwanger, zu Ihren Aussagen bezüglich dieser Wahlrechtsverstöße in Geiselhöring möchte ich Sie fragen: Wissen Sie nicht, dass eine sechsköpfige Sonderkommission der Kriminalpolizei ermittelt und dass die Thematik sehr schwierig ist? Mehrere Sprachen sind im Spiel; Dolmetscher werden benötigt. Das ist eine ganz diffizile Geschichte. Da muss sehr genau ermittelt werden. Das möchte ich Ihnen hier einmal sagen. Nur wenn genau ermittelt wird, kann man hinterher auch feststellen, wo es Verstöße gab und welche Konsequenzen man zieht. Sie sollten hier nicht Dinge behaupten, die nicht stimmen. Der Sache wird sehr genau und konsequent nachgegangen.

(Beifall bei der CSU)

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Lieber Kollege, hätten Sie genau hingehört, hätten Sie sich Ihre Frage erspart.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Müller (FREIE WÄHLER))

Ich habe gesagt: Abgesehen davon, dass wohl Betrügerei im Spiel war, was dem Ganzen noch die Krone aufsetzt, müsste das Innenministerium vorweg schon definieren können, ob Saisonarbeiter bei einer Kommunalwahl überhaupt wahlberechtigt sind; denn wenn man diesen Leuten Wahlbetrug nachweist, das Innenministerium aber grundsätzlich die Wahlberechtigung sieht, dann sind die bei der Wiederholungswahl in wenigen Wochen oder Monaten schlau genug, die Kreuzchen nicht mehr alle an derselben Stelle mit demselben Kugelschreiber zu machen. Dann füllen die ihre 500 Zettel vielleicht unter Anleitung aus, schreiben sogar darunter "Herr XY hat mir geholfen",

(Thomas Kreuzer (CSU): Wenn sie das darunter schreiben, sind die Wahlzettel ungültig!)

und dann sind diese 500 Leute wahlberechtigt, oder wie? – Genau diese Frage muss ein Innenministerium beantworten, weil wir sonst bei der nächsten Kommunalwahl einen Wandertourismus von Saisonarbeitern durchs Land haben: Wenn jemand sagt "Bei mir wird's etwas knapp, ich bräuchte noch 300 Stimmen; leih mir mal deine 300 Spargelstecher!" und die füllen schön die Zettel aus und schreiben darunter "Der Huberbauer hat mich beraten" – das darf er ja dann –, wird der Bürgermeister gekippt. – Anstatt hier so zynisch zu lachen, Herr Zellmeier, sollten Sie an dieser Stelle die Gefahr für die Demokratie erkennen und einsehen, dass das für Geiselhöring alles andere als ein Ruhmesblatt ist, zumindest für die CSU-Kreise in Ihrem Gebiet.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zurufe von der CSU)

– Nein, nein, Herr Zellmeier, Sie würden sich wundern, wie einfach es wäre, wenn die FREIEN WÄHLER hinter dieser Aktion stehen würden. – Danke schön.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt darf ich Frau Kollegin Gote für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen. Bitte schön.

Ulrike Gote (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Kolleginnen und Kollegen von der CSU, ich weiß nicht, wie es Ihnen in den letzten Wochen und Monaten ging. Aber es war schon peinlich, hochnotpeinlich, kaum zu ertragen, wie immer mehr widerliche und unappetitliche Details der Modellbau-Affäre bekannt und öffentlich wurden. Ich weiß nicht, wie es Ihnen dabei ging. Aber das ist auch an Ihnen sicher nicht spurlos vorbeigegangen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Bayern war doch in den letzten Wochen – und da ist es gut, wenn man sich mal außerhalb Bayerns aufhält; denn dann kriegt man mit, wie außerhalb Bayerns über die Bayern geredet, gedacht und – in dem Fall auch: – gelacht wird – im Sommerloch die skurrile Lachnummer der ganzen Nation, die sich gefragt haben muss: Wie geht das, dass so was möglich ist, dass so was so lange läuft, dass da niemand einschreitet? – Aber wahrscheinlich ist das in Bayern normal, und es wundert auch niemanden mehr. – Mich hat das geärgert, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, und es ärgert mich noch.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Wie ging es Ihnen dabei? – Schließlich ging es doch um eine der Ihren. Das müssen doch auch für Sie quälende Wochen gewesen sein. Warum haben Sie, Sie alle, dem denn nicht ein Ende gesetzt? Waren Sie so, indem Sie das nicht getan haben, gute Kolleginnen und Kollegen für die Frau Staatsministerin Haderthauer? Waren Sie verantwortungsvolle Politiker und Politikerinnen dieses Freistaats? – Dieser Skandal, die Modellauto-Affäre, wird in die Geschichte eingehen und ewig an Bayern hängenbleiben.

(Widerspruch und Lachen bei der CSU)

– Unterschätzen Sie das nicht; daran wird sich jeder erinnern, jeder!

(Erwin Huber (CSU): Ach geh!)

Ich erinnere daran: Vor knapp eineinhalb Jahren lagen schon genug Fakten auf dem Tisch, die einen Rücktritt nötig gemacht hätten und offenbarten, dass Frau Haderthauer die für eine Ministerin notwendige moralische Eignung fehlt. Der Kern war damals und ist es auch heute:

(Ministerpräsident Seehofer spricht am Abgeordnetenplatz mit anderen Abgeordneten)

– Herr Seehofer hält seine Reden jetzt im Plenum; ich denke, ihm ist die Regierungsbank zu heiß geworden. Er flieht die Regierungsbank schon! – Sie würden besser zu hören, Herr Ministerpräsident, und dort die Verantwortung übernehmen.

(Beifall bei den GRÜNEN – Josef Zellmeier (CSU): Er schaut Ihnen so gern in die Augen!)

Das ist der Kern des Skandals, und der hätte zum Rücktritt gereicht: Das Ehepaar Haderthauer machte über viele Jahre hinweg private Geschäfte mit der Arbeit eines Drei-fachmörders, der in der Forensik untergebracht war und mit anderen Untergebrachten in einer sogenannten Arbeitstherapie Modellautos baute. Motivation für diese Geschäfte war eine Gewinnerzielungsabsicht. Man wollte schnell viel Geld verdienen, nichts anderes. Das belegt mittlerweile auch ein Dokument, das Frau Haderthauer selbst an einen Geschäftspartner geschrieben hat. Ein solches Geschäftsmodell konnte nur zustandekommen, weil Herr Haderthauer als Mediziner im Dienst des Freistaats Bayern Zugang zu dem Straftäter hatte und so seine dienstlichen Kontakte für private Zwecke ausnutzen konnte. Das funktionierte nur wegen der extrem niedrigen Produktionskosten aufgrund der geringen Löhne für die Forensikinsassen. Nur so konnten hohe Gewinnspannen beim Verkauf der Modellautos erzielt werden. Das ist der Kern des Skandals; das hätte schon zum Rücktritt gereicht.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

"Ein von Idealismus geprägtes Engagement finanzieller Art" nannte das Ihre Ministerin. Was für ein Hohn! Es war alles andere als das. – Dieses Geschäftsmodell allein, verbunden mit der Tatsache seiner Rechtfertigung, über Monate, über mehr als ein Jahr hinweg wäre Grund genug gewesen für einen Rücktritt. Haben Sie – ich meine Sie alle hier auf der rechten Seite des Parlaments – denn nicht erkannt, dass so etwas für eine Ministerin und übrigens auch für einen Mediziner im Dienst des Freistaats Bayern nicht zu tolerieren ist?

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Im Übrigen werden sicherlich auch die weiteren Umstände der dienstlichen Vergehen des Herrn Dr. Haderthauer an anderer Stelle thematisiert werden müssen wie auch die Frage, wie es in diesem Zusammenhang zu Verjährungen von finanziellen Rückforderungen des Freistaats gegenüber Haderthauer kommen konnte, wie wir erst kürzlich erfahren haben.

Sehr geehrte Frau Präsidentin, Sie haben mich in der Plenarsitzung vom 18. Juli 2013 in ganz unüblicher Weise in meiner Rede unterbrochen und mich gefragt, ob ich in diesem Stile weitermachen wolle.

(Dr. Florian Herrmann (CSU): Völlig zu Recht!)

Frau Präsidentin, nach allem, was wir jetzt wissen und was sich damals schon andeutete, hätten Sie diese Frage mal besser an die damalige Ministerin gerichtet.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Der Maßstab der Modellautos, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, mag klar definiert gewesen sein. Ihr moralischer Maßstab war es wahrlich nicht.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damals vor über einem Jahr hätten Sie alle handeln müssen, und Sie haben es nicht getan. Sie haben Aufklärung verweigert. Ich erinnere daran, dass Sie unsere Dringlichkeitsanträge – Berichtsanträge, Kolleginnen und Kollegen! – zu diesem Skandal abgelehnt haben. Sie haben hier im Parlament schon vor über einem Jahr die Aufklärung verweigert, und Sie haben es in dieser Legislaturperiode erneut getan. Sie haben Aufklärung verhindert.

(Jürgen W. Heike (CSU): Was ist dann mit dem heutigen Dringlichkeitsantrag?)

Und wenn schon aus wahltaktischen Gründen vor der letzten Landtagswahl kein Rücktritt mehr erfolgte, so hätten Sie doch wenigstens die erneute Berufung der Frau

Haderthauer ins Kabinett und dann auch noch in die Staatskanzlei verhindern müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich erinnere daran, dass es, abgesehen von der Modellauto-Affäre, noch weitere Hinweise darauf gab, dass Frau Haderthauer nicht ministrabel ist: Erstens wollte sie einen Mitarbeiter des ehemaligen Fraktionsvorsitzenden und, wie wir jetzt wissen, größten Abzockers bei der Verwandtenbeschäftigung Georg Schmid in ihrem Ministerium unterbringen. – Zweitens erinnern wir uns an den Versuch, den Posten der Präsidentin des Landesarbeitsgerichts an allen üblichen Verfahren vorbei zu besetzen. Das musste sogar gerichtlich gestoppt werden. – Und zuletzt – und das beschämmt uns eigentlich auch jetzt noch in der Situation, die wir mit den Flüchtlingen im Land gerade erleben – ist uns ihr unsäglicher Umgang als damalige Sozialministerin mit den Flüchtlingen ebenfalls noch in schlechter Erinnerung. Frau Haderthauer trägt ein gut Stück Verantwortung für die prekäre Lage, die wir in der Asylpolitik und bei der Situation der Flüchtlinge hier im Land heute vorfinden.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Damals haben Sie uns entgegengehalten, die Modellauto-Geschäfte lägen doch vor 2008 und seien rechtzeitig mit Eintritt ins Kabinett beendet worden. Wir wissen heute, dass das erstens gar nichts zur Sache tut,

(Jürgen W. Heike (CSU): Ach?)

– ja – siehe das Urteil des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs, der ganz klar festgestellt hat, dass auch Tätigkeiten, die vor dem Eintritt in die Regierung und dem Ministeramt ausgeübt wurden, geeignet sind, die moralische Eignung einer Ministerin infrage zu stellen.

(Jürgen W. Heike (CSU): Ausgerechnet Sie reden von Moral!)

Viel besser kann man es – so passend auf Frau Haderthauer – gar nicht formulieren, als es da geschrieben ist.

Zweitens wissen wir heute auch, dass das gar nicht wahr war. Das Engagement von Frau Haderthauer in der Modellauto-Firma war nämlich 2008 nicht zu Ende. – Frau Stewens, Ihre Übergangsfraktionsvorsitzende nach dem unrühmlichen Abgang von Georg Schmid, hat damals meiner Kollegin Renate Ackermann vorgeworfen, sie glaube einem Dreifachmörder mehr als einer bayerischen Ministerin – ein aparter Gedanke nach allem, was wir heute wissen, und in Anbetracht der Tatsache, dass Frau Haderthauer jahrelang lieber Geschäfte mit einem Dreifachmörder als mit einem seriösen, moralisch einwandfreien Geschäftsmodell gemacht hat.

(Jürgen W. Heike (CSU): Wie können Sie das denn beurteilen?)

Damit komme ich zum nächsten Komplex der Haderthauerschen Modellauto-Affäre, nämlich zum Aufklärungswillen der Frau Haderthauer, den sie ja öffentlich so gerne betont. Er besteht in weiten Teilen aus der Nichtbeantwortung unserer Anfragen, aus einer Salamitaktik bei der Einräumung problematischer Sachverhalte, aus Falschauskünften, aus Halbwahrheiten und aus Lügen.

Ich nenne Beispiele, damit Sie nicht wieder fragen, woher ich das wisse, Herr Heike. Erstes Beispiel. Frau Haderthauer behauptet, die Geschäftsanteile seien auf ihren Mann übertragen worden. Das ist eine Verschleierung und eine Halbwahrheit.

(Zuruf des Abgeordneten Erwin Huber (CSU))

Wir wissen nämlich dank der Rechtsgutachten der SPD mittlerweile, dass das gar nicht möglich war. Diese Verschleierung und diese Halbwahrheit wurden auch noch mit einer Argumentationshilfe der Staatskanzlei unterfüttert.

(Erwin Huber (CSU): Das ist eine Verleumdung! – Weitere Zurufe von der CSU)

– Sie können sich doch nachher zu Wort melden; dann müssen Sie nicht so von hinten brüllen.

Das Weitere sind Auskünfte zum Treuhandkonto. Da habe ich mehrmals nachgefragt. Es gab keine Antwort. Ich gehe davon aus, dass das Treuhandkonto der Firma Sapor Modelltechnik immer noch auf Frau Haderthauer läuft.

(Zuruf von der CSU: Das ist Spekulation! – Jürgen W. Heike (CSU): Woher wissen Sie das? – Weitere Zurufe von der CSU)

– Ich habe ja gesagt: Es gab keine Antwort. Ich nenne ein Beispiel dafür, dass uns Frau Haderthauer keine Antwort gegeben hat. Auf meine konkrete Frage hat sie die Antwort schriftlich verweigert. – Die Beschreibung ihrer geschäftsführenden Tätigkeiten für die Modellauto-Firma ist ein Beispiel für Salamitaktik und Halbwahrheiten, wiederum mit einer Argumentationshilfe der Staatskanzlei; denn diese hat uns in einer Antwort ellenlang ausgeführt, was denn geschäftsführende Tätigkeiten sind und was nicht.

(Jürgen W. Heike (CSU): Sie haben also eine Antwort bekommen!)

Wir wissen mittlerweile längst, dass sie geschäftsführend tätig war. Weiterhin sind die Aussagen zur Internet-Domain, deren Eigentümerin sie bis weit in ihre Ministerinnenzeit war, wieder ein Beispiel für: keine Antwort gegeben.

(Erwin Huber (CSU): Lächerlich!)

Das geht hin bis zur Lüge. Hier dann einmal die Nummer: Ach, ich armes kleines Dummchen wusste gar nicht, dass mir diese Internet-Domain noch gehört; ich habe gedacht, sie wäre automatisch an den Käufer übergegangen. – Was für eine blöde Aussage für eine Juristin und Staatskanzlei-Chefin, sich so zu dieser Sache zu äußern!

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Weiterhin die Verweigerung von Auskünften zu Geschäftsbeziehungen zwischen privaten Unternehmen und Einrichtungen der Forensik allgemein: Diese Auskünfte hat sie noch als Sozialministerin verweigert, und in dieser Legislaturperiode wurden sie uns noch einmal verweigert. Trotz Nachfrage und mit Berufung auf die neueste Rechtsprechung des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs haben wir hier keine Auskünfte bekommen.

Auf die Frage nach der Kenntnis der Staatsregierung von persönlichen Treffen zwischen Herrn Haderthauer und dem Straftäter Roland S. antwortete die damalige Sozialministerin Haderthauer: Nein, sie hat davon keine Kenntnis. – Eine glatte Lüge, Kolleginnen und Kollegen, und zudem eine lächerliche Lüge! Mittlerweile hat sie eingeräumt, dass er sogar bei ihnen zu Hause zu Besuch war. Uns allen ist auch das schöne Foto zweier entspannt wirkender Weintrinker vor Augen, das Herrn Haderthauer und Roland S. zeigt.

(Jürgen W. Heike (CSU): Und wo war Frau Haderthauer? – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie hat vielleicht bedient und den Wein gebracht!)

Dazu kommen Versuche, Berichterstattung zu manipulieren und zu unterdrücken, und Einschüchterungsversuche gegenüber den Medien. Ich sage hier ganz klar: Mit unserem presserechtlichen Gutachten zu dem sogenannten presserechtlichen Informati-onsschreiben der Haderthauer-Anwälte haben wir dem Einhalt geboten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erst danach haben die Medien wieder berichtet und weiter recherchiert. Das war auch gut so. Aber auch in diesem Zusammenhang hat die Ministerin gelogen. Sie hat die Einflussnahme auf die Medien glatt abgestritten, obwohl entsprechende Faxe aus der Staatskanzlei nachweislich und später eingeräumt versendet worden waren.

Kolleginnen und Kollegen, die Menschen in Bayern und wir als Parlament haben die Pflicht, im Zusammenhang mit der Haderthauerschen Modellauto-Affäre alles aufzu-

klären, alle Fakten im Zusammenhang mit der Modellauto-Arbeitstherapie, alles das, wo verschleiert und gelogen wurde, und vor allen Dingen auch die Frage, wie so etwas überhaupt möglich war.

Dies ist der dritte Komplex der Affäre. Es geht um die Situation der Forensik in Bayern. Geschäftsbeziehungen in der Forensik und den Justizvollzugsanstalten müssen beleuchtet und überprüft werden. Wir brauchen hier mehr Transparenz und klare Regeln. Prüf-, Aufsichts- und Kontrollmechanismen müssen unter die Lupe genommen werden, und vor allen Dingen müssen wirtschaftliche Aspekte untersucht werden. Wir wollen wissen, wo hier ein privater Nutzen auf Kosten der Allgemeinheit möglich ist; denn genau so sieht es hier aus. Deshalb brauchen wir den Untersuchungsausschuss, und deshalb brauchen wir auch heute diese Sitzung. Vorhaltungen, es gehe heute wie in der Vergangenheit um eine Vorverurteilung der Ministerin und es gelte die Unschuldsvermutung – sie gilt natürlich –, laufen ins Leere und sind unredlich.

(Zurufe von der CSU)

Aber das, was ich heute dargelegt habe,

(Erwin Huber (CSU): - war Unsinn!)

ist alles lange bekannt und mit Dokumenten belegt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Nichts davon wurde von der Frau Ministerin Haderthauer in eineinhalb Jahren widerlegt. Die im Raum stehenden Betrugsvorwürfe, der Verdacht des Steuerbetrugs, die Dienstvergehen von Herrn Haderthauer und die staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen in diesem Zusammenhang stehen ja heute gar nicht zur Debatte. Sie, Herr Ministerpräsident – jetzt ist er, glaube ich, ganz weg, oder er hat sich irgendwo versteckt –,

(Zuruf von der SPD: Er schwätzt!)

hätten die Chance des letztendlichen Rücktritts von Frau Haderthauer dazu nutzen sollen – das hat Herr Rinderspacher schon ausgeführt –, die Zahl der Ministerinnen und Minister in der Staatskanzlei zu reduzieren. Wir hatten ja schon fast Mitleid, mit anzusehen, wie schwer Sie sich mit der Nachbesetzung der Posten getan haben. Offensichtlich findet sich nicht mehr viel ministrables Personal. Mit einer Reduzierung der Gesamtzahl der Ministerinnen und Minister hätten Sie sich, auch wenn es nur ein statistischer Trick gewesen wäre, bei der Frauenquote leichter getan. Außerdem funktioniert es in den meisten Bundesländern auch mit weniger Ministerposten ganz gut.

Es bleibt zusammenzufassen, und wir halten heute fest, dass wir wohl mit der Modellauto-Affäre und den Skandalen der Staatskanzleiministerin ein besonders unrühmliches Kapitel der CSU-Regierungspolitik erlebt haben. Frau Haderthauer hat dem Freistaat Schaden zugefügt. Sie hat ganz Bayern zum Gespött der Nation gemacht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Widerspruch bei Abgeordneten der CSU)

Konsequenzen hat sie bisher nur halbherzig gezogen. Auch die Erklärung zum Rücktritt ließ wenig Einsicht und wenig Demut erkennen. Nur durch unseren beharrlichen, starken und gemeinsamen Druck in der Opposition – –

(Jürgen W. Heike (CSU): Ach, schön!)

- Ja, das ist wirklich schön. Nur durch unseren beharrlichen, starken und gemeinsamen Druck in der Opposition, durch unser unbeirrtes Nachfragen und Nachbohren, durch die konsequente Recherchearbeit der Medien, die sich durch die Haderthauer-Anwälte nicht mehr haben einschüchtern lassen, und letztlich durch unsere Initiative für die heutige Sitzung haben wir Frau Haderthauer zum Rücktritt und Sie, Herr Ministerpräsident, zum Handeln gezwungen. Bis zum heutigen Tag jedoch fehlt eine aktive Rolle der CSU-Fraktion komplett. Bis zum heutigen Tag hat sich die CSU als komplett handlungsunfähig erwiesen. Ihre Fähigkeit zu Selbstreinigung und Kurskorrektur, liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, besteht nicht einmal mehr im Maßstab 1 : 8, sondern sie ist null.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie alle, Kolleginnen und Kollegen von der CSU, tragen Verantwortung für den Schaden, der entstanden ist, allen voran der Ministerpräsident. Das war ein Versagen auf ganzer Linie und über alle Ebenen hinweg, das sich nie wiederholen sollte. Dafür, Kolleginnen und Kollegen, werden wir sorgen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion darf ich jetzt Herrn Kollegen Kreuzer das Wort erteilen. – Bitte schön.

Thomas Kreuzer (CSU): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Hohes Haus! Ich bin seit 1994 Mitglied des Bayerischen Landtags. Politik ist ein stetes Auf und Ab, und man lernt immer wieder etwas Neues dazu. Heute habe ich eine Rednerin erlebt, deren Redezeit just, als sie zum Tagesordnungspunkt "Berufung eines neuen Kabinettsmitglieds" sprechen wollte, zu Ende gewesen ist. Somit konnte sie keine Ausführungen mehr dazu machen. Das klingt im ersten Moment lustig; es ist aber nicht lustig, meine Damen und Herren. Dass hier nicht zur Sache gesprochen wurde, sondern eine politische Generalabrechnung vorgenommen worden ist, geschah nur deswegen, um im Fernsehen zu erscheinen, Frau Bause.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Wenn man nicht mehr zu den Dingen spricht, die auf der Tagesordnung stehen, dann ist das ein Verfall parlamentarischer Sitten und eine Missachtung des Parlaments.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Da brauchen Sie nicht zu lachen; überlegen Sie sich das lieber noch einmal.

Meine Damen und Herren, ich habe in dieser langen Zeit auch nicht erlebt, dass jemand so öffentlich an den Pranger gestellt wurde wie Staatsministerin a. D. Christine

Haderthauer. Sie setzen dies in dieser Plenarsitzung nahtlos fort, in einer Sondersitzung des Bayerischen Landtags – ich glaube, sie ist die erste, an die ich mich in dieser Zeit erinnern kann. Der Grund für die Sondersitzung ist entfallen: Die Aufforderung an den Ministerpräsidenten, die Entlassung vorzunehmen, ist durch den Rücktritt hinfällig geworden. Trotzdem haben Sie auf der Sondersitzung bestanden. Sie haben drei Tage gebraucht, um irgendetwas zusammenzubasteln, was immer noch nicht Hand und Fuß hat.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ein Schmarrn! Völliger Schmarrn! Ein Schmarrn sondergleichen!)

Nachdem der Grund weggefallen ist, fragt man sich: Was wollen Sie erreichen? Sie wollen den Sachverhalt aufklären, sagen Sie, zur Aufklärung beitragen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja!)

Sind Sie der Auffassung, dass eine Plenardebattie dazu geeignet ist? Warum beantragen Sie dann noch einen Untersuchungsausschuss, der ein Jahr lang die Aufklärungsarbeit vornehmen will?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil wir hier nicht zum Ziel kommen!)

Auch das ist vorgeschoben, meine Damen und Herren. Ihnen geht es nicht um Aufklärung.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Natürlich!)

Ihnen geht es nur darum, nachzutreten und eine Person weiter herabzuwürdigen, ohne dass die Aufklärung erfolgt ist, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Ich sage Ihnen ganz klar: Ein solches Verhalten ist schäbig, meine Damen und Herren, und ist nicht anständig gegenüber dieser Person.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Christine Haderthauer hat als Sozialministerin und als Staatskanzleichefin hervorragende Dienste für den Freistaat Bayern geleistet und ihre Ämter korrekt erfüllt.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Ich danke ihr im Namen der CSU-Fraktion auch an dieser Stelle für diese Tätigkeit.

(Beifall bei der CSU)

Sie hielt ihren Rücktritt für politisch geboten, weil die fortdauernde öffentliche Diskussion jede Sacharbeit zu überlagern drohte. Ich halte dies für eine richtige Entscheidung, die mir Respekt abnötigt.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt heißt es, die Ermittlungen abzuwarten und zu sehen, was diese an den Tag bringen. Nur weil Vorwürfe gegen jemand erhoben werden, lassen wir einen Menschen nicht sofort fallen, Herr Rinderspacher, sondern wir wollen zunächst die Dinge aufklären.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU – Zuruf von der SPD: Warum ist sie dann entlassen worden?)

Wenn die Opposition lieber auf Aussagen eines psychisch gestörten Dreifachmörders vertraut, anstatt einer Ministerin eine Chance zu geben, Vorwürfe vernünftig aufzuklären, dann ist dies ihre Sache; es lässt aber tief blicken.

(Beifall bei der CSU)

Für uns gelten rechtsstaatliche Grundsätze, nämlich der Grundsatz der Unschuldsvermutung. Für einen Mann wie Wilhelm Hoegner ist das noch selbstverständlich gewesen, für die heutige Opposition offenbar nicht mehr. Denken Sie daran, Herr Rinderspacher, wenn Sie wieder einmal den Wilhelm-Hoegner-Preis in Bayern verleihen.

(Beifall bei der CSU)

Gerade als Jurist wehre ich mich dagegen, diesen Grundsatz der Unschuldsvermutung parteipolitischem Klein-Klein zu opfern, meine liebe Frau Gote. Wenn ich Sie so höre: 15 Minuten lang vorzuverurteilen und am Ende von Unschuldsvermutung zu sprechen, muss ich feststellen: Da passt hinten und vorn nichts zusammen. Ich frage mich nur, warum Sie einen Untersuchungsausschuss brauchen.

(Beifall bei der CSU)

Eine Regierung zu kontrollieren bedeutet, sie inhaltlich zu stellen, nicht aber, die einzelnen Personen zu diffamieren. Das unterscheidet Parlamentarismus von Populismus.

(Zuruf von den GRÜNEN)

Aber Ihnen geht es nicht um Aufklärung, sondern Ihnen geht es um Vorverurteilung. Und ausgerechnet diese Opposition wirft uns vor, wir würden nicht regieren und die Probleme Bayerns ignorieren. Meine Damen und Herren, da kann ich nur fragen: Kann sich irgendjemand hier im Saal an einen wesentlichen politischen Vorstoß erinnern, den die Opposition seit der letzten Landtagswahl auf den Weg gebracht hat? – Fehlanzeige.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Es gab ein gescheitertes Volksbegehren, und das mit dem drittschlechtesten Ergebnis in der Geschichte des Freistaats. Brauchbare Konzepte und Ideen werden nicht vor-

gelegt, meine Damen und Herren. Seit ich dabei bin, hat dieser Landtag noch nie eine programmatisch so schwache und zahnlose Opposition gesehen wie in dieser Wahlperiode.

(Beifall bei der CSU – Lachen bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Auch die Presse hält nicht viel von Ihnen. Selbst die "Süddeutsche" attestiert Ihnen ein blamables Bild. Der "Münchener Merkur" sagt: "Die Opposition lässt Strategie und Biss vermissen." – Dies ist noch freundlich ausgedrückt, meine Damen und Herren, aber im Hinblick auf das, was die Zeitungen sonst schreiben, schon ganz deutlich.

(Markus Rinderspacher (SPD): Warum regen Sie sich eigentlich so auf? Sie müssen sich doch nicht so aufregen! Bleiben Sie doch ruhig!)

Eines steht fest, meine Damen und Herren: Wir werden nichts unter den Teppich kehren. Wir werden den Fall Haderthauer lückenlos aufklären. Sie können sicher sein: Christine Haderthauer wird dazu ihren Beitrag leisten und an dieser Aufklärung gegenüber den Ermittlungsbehörden und auch dem Untersuchungsausschuss mit vollem Einsatz mitwirken. Dort muss es um die Sache gehen. Hier wird kein politisches Tribunal veranstaltet.

Ich möchte zur Einsetzung des Untersuchungsausschusses aber jetzt schon auf Folgendes hinweisen: Im Fokus steht hier weder Regierungs- noch Parlamentshandeln. Es geht nicht um eine Staatsaffäre, wie Sie gesagt haben, Herr Rinderspacher, sondern es geht allein um das Leben von Christine Haderthauer, vor allem vor ihrem Eintreten in die Politik.

(Markus Rinderspacher (SPD): Um das Verhalten der Staatskanzlei gegenüber den Medien!)

Das ist ein Novum in Bayern wie auch im Rest der Republik. Ich kann mich nur an einen erinnern, dem auch einmal sein Verhalten vor dem Eintreten in die Politik vorgeworfen worden ist. Das war ein GRÜNER, Joschka Fischer. Die Vorwürfe waren etwas

anders. Er ist mit Gewalt auf Polizeibeamte losgegangen, meine Damen und Herren. Dies waren damals Jugendsünden. Er war bis zuletzt im Amt und ist heute noch eine Galionsfigur der GRÜNEN. So gehen Sie mit solchen erschütternden Skandalen um, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU)

Dann schauen wir einmal, ob der Untersuchungsausschuss am Ende nicht ein ganz anderes Bild vermittelt, wenn erst einmal Psychologen, Gefängnisdirektoren, Bewährungshelfer über die Tätigkeit, die Therapie und die Resozialisierung sprechen. Ich warte dies ab. Wir werden dies alles aufklären. Die Bürgerinnen und Bürger haben uns die Verantwortung übertragen, Bayern gut zu regieren. Dieser Verantwortung kommen wir nach, egal, welchen Zirkus Sie hier und außerhalb dieses Plenarsaals veranstalten.

(Beifall bei der CSU – Zuruf von der SPD: Unglaublich!)

Die parlamentarische Demokratie lebt von ihrer Ideenvielfalt, vom Streit um die beste Lösung, aber auch vom respektvollen Umgang miteinander. Als leidenschaftlicher Parlamentarier bedauere ich feststellen zu müssen: Die Opposition kann momentan nichts davon anbieten. Deshalb werden wir keinen Untersuchungsausschuss gegen die Opposition beantragen. Wir werden auch nicht vor das Verfassungsgericht gehen; denn Ihr Versagen, meine Damen und Herren, ist offensichtlich.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die SPD-Fraktion hat jetzt der Herr Kollege Arnold das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Horst Arnold (SPD): Ich danke Ihnen. – Frau Präsidentin, werte Kolleginnen und Kollegen! Die Bewertung, ob ein Geschäftsmodell von Idealismus oder von Gewinnstreben getragen ist, welche Abhängigkeiten und welche Beziehungen sich daraus erge-

ben, welche Erfolge und welche Risiken, welche Gewinne sich insoweit einstellen, bedarf in der Tat einer soliden Tatsachengrundlage.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Die Opposition hat nicht nur in den letzten Tagen, sondern fast schon in den letzten Jahren versucht, diese Tatsachengrundlage zutage zu fördern. Die einen sagen dazu Aufklärungsarbeit, die anderen bezeichnen das als Sommertheater, Empörungswelle und Skandalhysterie. Das ist aber nicht unsere Ansicht.

Fakt ist, dass die Forensik, um die es hier geht, dem Schutz der Allgemeinheit vor aufgrund von psychischer Erkrankung oder Behinderung gefährlichen Tätern dient, gegen die ein Schuldvorwurf nicht oder nicht in dem Umfang erhoben werden darf. Fakt ist auch, dass diese Täter in Hochsicherheitstrakten mit erheblichem öffentlichem Aufwand untergebracht sind und im Rahmen ihrer Unterbringung soweit möglich geheilt werden sollen.

Fakt ist mittlerweile auch, dass bereits ab den späten Neunzigerjahren erhebliche Probleme aufgetreten sind: Postkontrolle, Werkzeugverwahrung, Schlüsselgewalt, Ausgang und Entweichungen, Nichtbeachtung der Sicherheitsstufen. All das wurde im Bezirkstag von Mittelfranken in Ansbach thematisiert, aber auch gegenüber der Bayerischen Staatsregierung, wie eine Anfrage des damaligen Kollegen Gartzke beweist.

Fakt ist auch, dass diese Probleme damals in unmittelbarem Zusammenhang mit der Firma Sapor Modellbau standen und stehen, dessen Geschäftsführerin faktisch, durch Vollmacht belegt, Frau Haderthauer war. Frau Haderthauer ist im Jahr 2008 Ministerin für Soziales geworden. Die Fachaufsicht für die Forensik fällt in diesen Geschäftsreich. Die Fachaufsicht ist nicht irgendeine Nebenerscheinung, sondern eine Kardinalaufgabe der Verwaltung schlechthin. Sie hat nicht nur Rechtsüberprüfungen durchzuführen, sondern auch Weisungen zu erteilen und Verwaltungsvorschriften anzurufen. Bereits vor diesem Hintergrund ist keine Skandalhysterie zu vermerken,

wenn das Parlament, die Öffentlichkeit Fragen zur Fachkompetenz der Ministerin stellt, wenn doch in diesem Zusammenhang berufliche Erfahrungen den Anlass dazu geben.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und den GRÜNEN)

Wir haben bereits im Juni 2013 alle diese Fragen gestellt. In der damaligen Debatte war nur eine Empörungswelle zu verzeichnen, nämlich Ihr Verhalten damals, Kollegen und Kolleginnen der CSU und, nicht zu vergessen, in memoriam der FDP.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie haben gesagt, es seien verunglimpfende Unterstellungen, Wahlkampfgetöse. Die Frage von Frau Stewens wurde bereits zitiert: "Wie kann man einem Dreifachmörder glauben?" – Ich sage Ihnen eines: Jeder Mensch ist gleich. Die Würde des Menschen ist unantastbar. Diese Frage alleine stellt bereits eine Unverschämtheit gegenüber der Würde des Menschen dar.

(Beifall bei der SPD – Zurufe von der SPD und der CSU)

All diese Fragen zur Fachaufsicht sind abgelehnt worden. Die Forensik dient, Herr Huber, dem Schutz der Allgemeinheit. Diese Fragen haben Sie doch damals gar nicht interessiert. Sie haben den Deckel darauf gehalten, und von daher haben Sie bereits vor 14 Monaten den Grundstein dafür gelegt, dass dringende Fragen offen geblieben sind, quälende Fragen der Bürgerinnen und Bürger, nicht nur derer von Ansbach: Was ging da vor? Was geht da vor? Was hat man dagegen unternommen?

Sie haben die Dinge aus personellem Kalkül und nicht der Sache entsprechend erörtert und geglaubt, Ihre absolute Mehrheit schütze die von Ihnen damals errichtete Mauer des Schweigens und der Verdrängung. Dieser Linie sind Sie in dieser Legislaturperiode treu geblieben. Zwei Auskunftsanträge der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN wurden insoweit mit genau demselben Tenor abgeschmettert.

Meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU, durch Ihre fehlende Einsicht, Ihre Verweigerung, über Umstände, Kompetenz und Notwendigkeiten der Fachaufsicht in der Forensik Kenntnis zu gewinnen, ist die maßgebliche Architektur der Causa Haderthauer überhaupt erst erstellt worden. Wer sich so bedingungslos, hemmungslos und kompromisslos verhält, fördert doch selbstverständlich forsches und überhebliches Auftreten. Ihr Plan, Herr Kreuzer, das Anliegen der Opposition als niederträchtig erscheinen zu lassen, ist doch in vollem Umfang nicht aufgegangen. Was wäre denn gewesen, wenn vor 15 Monaten entsprechende Auskünfte erteilt worden wären? Wir hätten genau den Fakt und den Sachstand, den Frau Gote geschildert hat. Im Hinblick auf die Kürze der Zeit gehe ich darauf nicht mehr ein.

Aber, Herr Kreuzer, selbstverständlich ist die Unschuldsvermutung eine der wichtigsten Säulen in unserem Rechtsstaat, und jeder Angeklagte, jeder Beschuldigte hat die Möglichkeit, sich frei zu verteidigen. Indes, wenn ich im Namen meiner Verteidiger die Staatsanwaltschaft dahingehend berichtige, dass Sie einen Tatvorwurf konstruiert hätte und die Vorgehensweise gleichstelle mit Sippenhaft, dann ist das kein Zeichen dafür, dass die Unschuldsvermutung in jeder Hinsicht gilt.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Zusammenhang gibt es genügend Hinweise und Anzeichen, ohne dass ich ein Wort über strafrechtliche Erwägungen und teilweise Vorverurteilungen verliere, dass hier Pflichtverletzungen den Anlass für die Entlassung bzw. den Rücktritt Frau Haderthauers gegeben haben. Diese Pflichtverletzungen müssen nachhaltig aufgeklärt werden.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von den GRÜNEN: Genau so ist es!)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat der Herr Kollege Professor Bauer für die FREIEN WÄHLER das Wort. – Bitte schön.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Ich sehe jetzt den Herrn Ministerpräsidenten nicht. Ich hätte ihn auch gerne noch begrüßt, aber vielleicht richtet es ihm jemand aus. Herr Kreuzer ist auch nicht da.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wie Sie sicherlich wissen, komme ich aus Ansbach. Frau Haderthauer war in den Neunzigerjahren in der renommierten Kanzlei Hols & Kleinlein in Ansbach als Anwältin tätig. Gleichzeitig war ihr Ehemann Arzt im Bezirksklinikum. Dort betreute er einen Mehrfachmörder, und – das ist auch einmal wichtig: Wenn hier immer von Vorverurteilungen gesprochen wird, möchte ich gerne eine sachliche Aufklärung dazu bringen – er machte seit 1990 mit den von diesem gebauten Modellautos überaus lukrative Geschäfte. Frau Haderthauer war von Anfang an dabei und wusste deshalb vollumfänglich Bescheid über alle Tatsachen. Im Jahr 1993 wurde sie alleinige Gesellschafterin und Geschäftsführerin der Firma Sapor Modelltechnik. Der Mitgesellschafter Herr Ponton erteilte hierzu ausdrücklich seine Zustimmung. Es wäre auch einmal sehr gut, wenn Herr Kreuzer, der den Mund so voll nimmt und die Backen aufbläst, mit Herrn Ponton spräche, um zu erfahren, was er dazu sagt. Im Jahr 2003/2004 erfolgte die Übertragung ihrer Geschäftsanteile an ihren Ehemann. Das war rechtlich überaus fragwürdig, da – und das ist entscheidend – der Mitgesellschafter Herr Ponton – das hat er mir persönlich in einem längeren Gespräch gesagt – die bei einer GbR notwendige Zustimmung dazu nicht erteilt hat.

Im Jahr 2008, in dem die Frau Ministerin a. D. Haderthauer in das Sozialministerium berufen wurde, erfolgte der Verkauf durch Herrn Haderthauer an Herrn Sager, ebenfalls ohne Zustimmung des Herrn Ponton, der nach wie vor Miteigentümer war, erst nach einem umstrittenen "Vergleich" – ich muss dieses wirklich in Anführungszeichen setzen – im November 2011. Unser Dringlichkeitsantrag in dieser Legislaturperiode hat sich darauf bezogen, die Rolle von Frau Haderthauer im Jahr 2011 einmal klarzumachen. In welcher Eigenschaft hat die damalige Staatsministerin diesen Vergleich unterschrieben? Erst im November 2011, nach einer Abfindungszahlung von 20.000 Euro, sollten diese Altlasten, Altfolgen aufgearbeitet werden.

Für mich als Abgeordneten aus Ansbach sind aber vor allen Dingen die damaligen Zustände in der Forensik Ansbach bedeutend. Das ist keine Vorverurteilung, kein Scharfmachen, sondern es sind einfach Fakten, die sich in Ansbach abgespielt haben: Ein Dreifachmörder wird im Maßregelvollzug nicht ausreichend therapiert. Das ist für mich als Arzt ein entscheidender Punkt; denn Herr S. hat in diesem Maßregelvollzug lediglich eine sogenannte Arbeitstherapie erhalten. Das sollte uns zu denken geben. Die Aufgabe des Staates im Maßregelvollzug ist es, die Patienten zu therapieren. Das wurde unterlassen. Der zuständige Arzt und seine Ehefrau haben stattdessen mit den Patienten äußerst lukrative Geschäfte gemacht. Angetrieben von ihrer Profitgier haben sie den Patienten S. als billige Arbeitskraft ausgenutzt. Dies belegen die extrem niedrigen Lohnsätze von Herrn S. sowie die unüblichen Arbeitszeiten.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Diese betrugten weit mehr als acht Stunden. Er musste sogar an Sonn- und Feiertagen bis tief in die Nacht hinein arbeiten. Wenn Herr Keuzer unschlüssig ist, gebe ich ihm die Telefonnummer von Herrn S. gerne. Er kann ihn anrufen und fragen, ob das so stimmt. "Er sollte bei Laune gehalten werden" – so steht es in einem Protokoll des Bezirksklinikums Ansbach. Deshalb kann sich Herr S. an Wochenenden in Ansbach relativ frei bewegen. Er wird von den Haderthauers zum Essen in Restaurants eingeladen. Er besucht Messen für Modellbau und genießt Urlaubstage mit den Haderthauers. Mit ihnen ist er sogar per Du. Das muss man an dieser Stelle auch einmal ganz deutlich sagen. Herr S. wird nach seinen Ausflügen nicht kontrolliert. Das ist ein weiteres Sicherheitsrisiko. Das sind Tatsachen. Er wird auch nicht auf Drogen kontrolliert. Ich habe eine handschriftliche Anweisung der Klinikärzte, die genau dies belegt. Ich finde, es ist ein starkes Stück, an dieser Stelle von Vorverurteilungen zu sprechen. Das ist dieses Parlaments unwürdig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Die Gefahr, die von diesem Mann für die Bevölkerung von Ansbach ausging, war unkontrollierbar. Das sorgt heute noch für helle Empörung und Unverständnis bei der Ansbacher Bevölkerung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Bedrohung hat Frau Haderthauer um des eigenen finanziellen Vorteils willen billigend in Kauf genommen. Ihre Formulierung, dies sei "ein von Idealismus getragenes Engagement finanzieller Art", könnte in diesem Zusammenhang nicht zynischer sein.

Frau Haderthauer ist Juristin. Sie wusste – das kommt erschwerend hinzu –, dass der Forensik-Insasse Herr S. 1988 verurteilt worden ist. Im Jahre 1990 begannen diese Ausflüge. Sie wusste, dass er sich in Sicherheitsstufe 1 befand. Für einen Patienten in Sicherheitsstufe 1 ist klar festgelegt, dass er die Klinik nur mit Handschellen in Begleitung von zwei Sicherheitsbeamten verlassen darf. Er hat sich aber mehr oder weniger frei und ungezwungen in Ansbacher Cafés aufgehalten, ist in Ansbach durch die Stadt gegangen.

Sie können jetzt sagen – das ist bereits als Verteidigungslinie angeklungen –, dass Frau Haderthauer damals keine politische Verantwortung trug. Das stimmt. Jedoch wirft ihr verantwortungsloses Verhalten einen erheblichen Schatten auf ihre Persönlichkeitsstruktur und ihr Persönlichkeitsbild. Das ist in diesem Zusammenhang festzuhalten. Von 2008 bis 2013 war Christine Haderthauer Sozialministerin. Danach war sie in der Staatskanzlei tätig. Das wissen wir alle. Ich bedaure, dass Herr Seehofer gerade nicht da ist. Nach Aussage von Ministerpräsident Seehofer – Herr Kreuzer hat das bestätigt – hat sie "hervorragende Dienste für den Freistaat Bayern geleistet und ihre Ämter stets korrekt geführt". Das trifft überhaupt nicht zu. Das weise ich mit aller Entschiedenheit zurück.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Das belege ich an einem Beispiel. Frau Präsidentin Stamm, Sie haben mich im Jahr 2011 eingeladen, die Erstaufnahmeeinrichtung in Zirndorf zu besuchen. Ich denke, daran erinnern Sie sich noch. Damals waren bereits vom BRK Zelte aufgestellt worden. Damals hatten wir noch keine Container. Es herrschte bereits eine massive Überbelegung in dieser Erstaufnahmeeinrichtung. Sie haben gesagt, dies sei ein unwürdiger Zustand. Daran erinnere ich mich zumindest. Für mich war es ein menschenunwürdiger Zustand. Was hat Frau Haderthauer im Rahmen ihrer Asylpolitik getan? Sie hat jahrelang nichts getan. Das war ein politisches Versagen. Das steht jedoch als Nächstes auf der Tagesordnung dieser Plenarsitzung.

Nun komme ich zu einem anderen Punkt. Als Sozialministerin führte sie die Fachaufsicht über den Maßregelvollzug in Bayern. Dafür trug sie Verantwortung. Ich habe bereits ausgeführt, dass sie über die erheblichen Sicherheitslücken zumindest im Ansbaucher Maßregelvollzug bestens Bescheid wusste. Als Ministerin hatte sie später die Pflicht, dort Abhilfe zu schaffen und die bestehenden Sicherheitslücken zu schließen, und zwar für alle Einrichtungen in Bayern. Ich spreche ausdrücklich nicht nur von der Sicherheit für die Bevölkerung, sondern auch von der Sicherheit der Patientinnen und Patienten sowie der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in diesen Einrichtungen. Das muss an dieser Stelle thematisiert werden. Das Versagen ist klar und deutlich sichtbar.

Die Wirklichkeit sieht noch viel brutaler aus: In den fünf Jahren ihrer Amtszeit als Sozialministerin haben sich insgesamt 16 Patienten im Maßregelvollzug in Bayern selbst töten können, beispielsweise mit Messerstichen in den Bauch oder durch Aufschneiden der Pulsadern. Sehr geehrte Kollegen von der CSU, ein Patient tötete sich im Maßregelvollzug mit einer Überdosis Heroin. Im Maßregelvollzug dürfen Patienten unter keinen Umständen Zugang zu Drogen haben. Für diese Missstände während ihrer Amtszeit trägt Frau Haderthauer die volle politische Verantwortung. Sie hat auch hier versagt und nicht gehandelt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Die Zahl von 16 Suiziden wurde mir von der Staatsregierung in der Antwort auf meine Schriftliche Anfrage vom 18. Juni dieses Jahres für ganz Bayern genannt. Ob diese Aussage umfassend und zutreffend ist, bezweifle ich ausdrücklich. In der Antwort der Staatsregierung wurden für diesen Zeitraum für Niederbayern fünf Suizide genannt. Mir sind dagegen allein für den Maßregelvollzug Straubing – Niederbayern hat zwei Maßregelvollzugsanstalten – vier Suizide innerhalb von drei Jahren namentlich bekannt. Dieses Thema sollten wir ebenfalls im Rahmen eines Untersuchungsausschusses aufklären, nämlich unzureichende und sogar fehlerhafte und falsche Auskünfte der Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Meine Damen und Herren, es kommt noch schlimmer. Das Datum der Schriftlichen Anfrage habe ich bereits zitiert. Der Staatsregierung zufolge gibt es keine Aufzeichnungen über die Anzahl der Suizidversuche im Maßregelvollzug. Mir liegen dagegen umfassende Dokumente aus den Neunzigerjahren für das Bezirksklinikum Ansbach vor. Dort wurde minutiös ausgeführt, was passiert ist, wer und mit welcher Methode einen Versuch unternommen hat und was daraus geworden ist. Wurden diese Aufzeichnungen in der Amtszeit von Frau Haderthauer eingestellt? Nach Auskunft der Staatsregierung muss ich wohl davon ausgehen. Das wäre eine weitere fatale und unverantwortliche Entscheidung dieser Staatsministerin. Aus der Antwort der Staatsregierung geht hervor, dass die Prävention im Maßregelvollzug ein hohes Ziel sei. Wie soll eine Prävention aus medizinischer Sicht funktionieren, wenn ich nicht weiß, wie ich diese Versuche therapieren und verhindern kann, weil die Daten überhaupt nicht vorhanden sind? Der Freistaat Bayern hat im Rahmen seiner Fürsorgepflicht für alle Patienten im Maßregelvollzug zu sorgen. Diese Fürsorgepflicht hat die Fachaufsicht im Ministerium politisch zu verantworten. An dieser Stelle hat die ehemalige Staatsministerin Haderthauer ebenfalls vollständig versagt, wie die Tatsachen und Fakten beweisen.

Ich nehme meine Arbeit als Oppositionspolitiker sehr ernst. Das dürfen Sie mir glauben. Deshalb habe ich in einer Pressemitteilung darum gebeten, Frau Haderthauer möge die nach wie vor vielen offenen Fragen beantworten. Die Fragen sind nicht beantwortet worden. Das hatten wir bereits vor der Wahl im Juli letzten Jahres erlebt. Wir haben sie gebeten, sie möge die offenen Fragen zur Modellbau-Affäre endlich beantworten. Daraufhin bekam ich ein Fax von der Staatskanzlei, das von der Ministerin unterschrieben war. Das steht ausdrücklich oben drauf. Das Fax datiert vom 11. Juli 2014. Dieses Fax sollte mir quasi einen Maulkorb verpassen. Sie schreibt – ich zitiere –: "Ich fordere Sie daher auf, diese laut FLZ getroffenen Behauptungen zukünftig zu unterlassen." – Bei der FLZ handelt es sich um die "Fränkische Landeszeitung", die berichtet hatte.

Präsidentin Barbara Stamm: Herr Kollege, ich bitte Sie, zu beachten, dass Ihre Redezeit zu Ende ist.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich bin gleich fertig.

Präsidentin Barbara Stamm: Nein, Ihre Redezeit ist zu Ende. Heute muss ich streng sein. Herr Kollege, sprechen Sie Ihren Satz zu Ende, dann ist Schluss.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, ich darf Sie auffordern, dem Schutz der Abgeordneten bezüglich des Fragerechts und der Auskunftspflicht der Staatsregierung umfassend Rechnung zu tragen. Der Schutz der Abgeordneten muss gewährleistet sein. Den frei gewählten Abgeordneten dieses demokratischen Staates darf kein Maulkorb verpasst werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Die Fraktionen haben sich auf eine Redezeit geeinigt. Diesem Beschluss trage ich Rechnung, nicht mehr und nicht weniger. Jetzt hat Herr Kollege Heike für die CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Jürgen W. Heike (CSU): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren Kollegen! Was haben wir eigentlich für eine Sitzung hier? Ich habe heute so viele Themaverfehlungen erlebt wie schon lange nicht mehr.

(Beifall bei der CSU – Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Herr Kollege Aiwanger, ich habe es schon einmal gesagt: Ich freue mich immer, wenn ich geistreiche Zwischenrufe bekomme. Damit haben Sie sich heute wieder nicht ausgezeichnet. – Meine Damen und Herren Kollegen, vergleichen wir einmal, was im Antrag steht und was wir heute erlebt haben. Die Antragsüberschrift lautet: "Unverzügliche Aufklärung und politische Aufarbeitung der Affäre Haderthauer". Wir haben heute vieles gehört, was damit nichts zu tun hat. Vorhin ging bereits der Ruf "Themaverfehlung" durch die Reihen. Dafür sollte uns unsere Zeit eigentlich zu schade sein. Das sage ich auch im Hinblick auf die Bürger, die uns hierher berufen haben. Das spricht eigentlich gegen unseren Selbstwert.

(Beifall bei der CSU)

Nun komme ich zu den verschiedenen Vorstellungen. In der Drucksache 17/2788 wurde eine Reihe von Fragen gestellt. Heute hören wir auch von Mitgliedern des Rechtsausschusses: Wir haben keine Antwort erhalten. Meine Damen und Herren Kollegen, sind Sie wirklich nicht in der Lage, sich noch einmal mit der Antwort auf der Drucksache 17/2788 zu befassen?

(Horst Arnold (SPD): Wir haben gesagt, dass Sie die Berichtsanträge abgelehnt haben! – Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Sie haben die Anträge abgelehnt!)

– Das ist hochinteressant. Herr Kollege Streibl, wir haben die Anträge dort nicht abgelehnt, sondern wir haben darüber diskutiert. Nachdem alles ausdiskutiert war und Sie keine Fragen mehr hatten, waren diese Anträge erledigt. Deshalb mussten wir sie nicht mehr weiter verfolgen.

Unter der Ziffer 1 lautete die erste Frage, ob Frau Haderthauer zurücktreten sollte oder zu entlassen sei. Das ist erledigt. In der Ziffer 2 des aufgerufenen Antrags wird von unserem Ministerpräsidenten zu viel verlangt. Bei aller Hochachtung, Hellseher ist er noch nicht. Er hätte nämlich schon vorher wissen sollen, was alles schief gelaufen ist und schief läuft. Sie fordern, er hätte Frau Haderthauer schon damals entlassen müssen. Bei aller Freundschaft: Wir haben es nicht nötig, uns so zu unterhalten.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Kreuzer hat gesagt, es sei nichts schief gelaufen!)

Angeblich hat die Bevölkerung großes Interesse an einer umfassenden Aufklärung. Deshalb wurde gefragt, ob die Anfragen umfassend beantwortet wurden. Meine Damen und Herren Kollegen, warum können Sie sich eigentlich nicht daran gewöhnen, dass wir eine Gewaltenteilung haben?

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das müssen Sie erst lernen!)

– Ich bitte, das, was Herr Aiwanger gerade gesagt hat, ins Protokoll zu nehmen!

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Das kann ich unterschreiben!)

– Herr Aiwanger, so gehen Sie mit der Verfassung um. Das ist katastrophal. Was Sie gerade gesagt haben, ist ein Skandal!

(Beifall bei der CSU)

Tatsache ist: Wir haben eine Justiz, die ordentlich gearbeitet hat, die weiterhin ordentlich arbeiten wird und der unser Vertrauen gilt. Wir können hier doch nicht sagen: Es gibt zwar eine Gewaltenteilung, aber wir mischen uns ein und erklären den Richtern und Staatsanwälten, was sie zu machen haben.

(Horst Arnold (SPD): Kein Mensch hat das gesagt! – Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Zur Sache, Herr Kollege! Themaverfehlung!)

– Vielen Dank, Herr Kollege. Mein Altnotar meldet sich zu Wort. Verehrter Kollege, zur Sache: Wir müssen jetzt die Frage stellen, was Sie eigentlich noch wollen.

(Prof. Dr. Peter Paul Gantzer (SPD): Aufklärung! – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Aufklärung!)

Die Antworten sind gegeben. Die eindeutige und endgültige Aufklärung erfolgt durch die Justiz. Herr Kollege Arnold hat vorhin sehr deutlich gesagt – ich habe ihn jedenfalls so verstanden –, dass wir eine Verpflichtung haben, uns insoweit zu beschränken und der Justiz die Ermittlungen ungestört zu überlassen. Hierin ist der gesamte Rechtsausschuss einer Meinung.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir sind hier nicht im Gerichtssaal, sondern im Parlament!)

Nun bitte ich Sie noch einmal, die Drucksache 17/2788 zu lesen. Sie enthält 25 Antworten. Angeblich ist jedoch nichts beantwortet worden.

Frau Kollegin Gote, Sie haben behauptet, wir würden dem Ansehen Bayerns schaden. Frau Kollegin, kehren Sie doch bitte einmal vor Ihrer eigenen Tür. Wer hat denn diese Schlechtrederei gemacht? Wer verleumdet denn andere? Wer ist derjenige, der nach draußen immer meckert, mäkelt, aber nie irgendeine Mitarbeit leistet? Sie sind es und Ihre GRÜNEN. Das muss ich ganz deutlich sagen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Gote, Sie sagen, Bayern sei eine Lachnummer. Ich frage mich, warum 80 % der Nichtbayern auf die Frage, wo sie gerne leben würden, wenn sie nicht in ihrem jetzigen Bundesland lebten, geantwortet haben, dass sie am liebsten in Bayern leben würden.

(Beifall bei der CSU – Markus Rinderspacher (SPD): Aber doch nicht unter der CSU!)

– Lieber Herr Rinderspacher, Sie haben doch gehört, was Frau Kollegin Gote vorhin gesagt hat. Die CSU sei daran schuld, dass man in Bayern nicht mehr leben könne. Frau Gote, ich sage das nicht gerne: Sie sind auch nicht aus Bayern. Sie sind aber noch da. So schlimm kann es also nicht gewesen sein.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt noch einmal etwas zum Thema "Haderthauer". Frau Kollegin Gote, Sie haben vorhin gesagt, für einen ehrenvollen Rücktritt sei es zu spät gewesen. Warum denn? Ehrenvoll kann man dann zurücktreten, wenn über die Leute nicht mit Schmutzkübeln hergefallen wird. Hieran hatten die GRÜNEN einen maßgeblichen Anteil.

(Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Diese Rechtfertigungsversuche sind doch wirklich – –)

Sie haben Vorverurteilungen ausgesprochen, wie das Herr Kollege Kreuzer vorhin gesagt hat. Was ist denn daran ehrenvoll, wenn man einen Menschen so behandelt? Das war plump, primitiv, unter der Gürtellinie und schäbig.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Ich genieße Ihre Schreie; denn bellende Hunde sind diejenigen, die getroffen sind. – Meine Damen und Herren, ich fasse zusammen: Wir von der CSU zollen Christine Haderthauer unseren Respekt. Wir vertrauen der juristischen Prüfung durch die Justiz und fordern die Opposition auf, sich auf die Suche nach Ideen zu machen, die uns voranbringen. Wir tun angeblich nichts. Wo bleiben denn Ihre Ideen? Mit Mauscheln, Meckern und Maulen werden Sie nicht regierungsfähig.

Meine Damen und Herren von der SPD und von den GRÜNEN, vergessen Sie nicht, was Ihnen der Wähler vor wenigen Tagen in Thüringen und in Brandenburg ins Stammbuch geschrieben hat.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Dort gibt es keine CSU!)

Sie sind diejenigen, die nur meckern und nichts tun. Ich fordere Sie auf: Machen Sie mit uns gemeinsame Sache, arbeiten Sie im Interesse Bayerns!

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Wir kommen damit zur Abstimmung.

(Zuruf des Ministerpräsidenten Horst Seehofer)

– Herr Ministerpräsident, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Markus Rinderspacher (SPD): Herr Ministerpräsident, deshalb haben Sie sich so aufgeregt! Jetzt sind Sie unglaublich gelassen!)

Ich möchte jetzt die Abstimmung vornehmen. Die Gespräche können im Anschluss an die Sitzung stattfinden.

Wer dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. Das sind die SPD-Fraktion, die Fraktion der FREIEN WÄHLER und die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer stimmt gegen diesen Antrag? – Das ist die CSU-Fraktion. Wer enthält sich der Stimme? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist der Antrag abgelehnt.